

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 3/2006

31. März 2006

Die jüngsten parlamentarischen Diskussionen waren natürlich von dem enormen BAWAG-Bankenskandal überschattet, der in einer Dringlichen Anfrage thematisiert wurde. Daneben wurden aber auch wichtige Beschlüsse aus der Verkehrs- und der Justizpolitik gefasst.

Verantwortungsvolle Sterbebegleitung ja, Sterbehilfe nein

Einen rechtlichen Rahmen für Menschen in der letzten Lebensphase schafft das Patientenverfügungsgesetz. Dabei geht es um Dokumente, in denen ein Patient festlegt, welche Behandlungen nicht durchgeführt werden dürfen, wenn er krankheitsbedingt nicht mehr in der Lage ist, sich selbst dazu zu äußern. Diese Verfügung muss getroffen werden, solange der Patient volle Urteilskraft über seine Entscheidung besitzt. Vor der Verfügung, die von einem Notar, Rechtsanwalt oder Patientenanwalt beglaubigt werden muss, ist eine rechtliche und medizinische Beratung vorgeschrieben. Wichtig scheint mir der durch dieses Gesetz unveränderte Grundsatz, dass in Österreich auch in Zukunft keine aktive Sterbehilfe möglich ist. Die SPÖ hat dem Gesetz übrigens nicht zugestimmt.

Nationalrat bekräftigt Ja zum Bau der S 7 und zum Bau der A 3

Mit überwältigender Mehrheit hat der Nationalrat einen Antrag der Grünen abgelehnt, der sich gegen den Bau der Schnellstraße S 7 richtete. Ich habe sowohl im Verkehrsausschuss als auch im Plenum betont, dass nach meiner Überzeugung der Verzicht auf die S 7 sowohl für die betroffenen Gemeinden als auch die wirtschaftliche Entwicklung des Südburgenlandes und der Oststeiermark fatal wäre. Viele Anregungen der Gemeinden und auch der Anti-S7-Bewegungen sind in Projektierung und Planung eingeflossen. Die Trasse wird so verlaufen, dass Bevölkerung und Natur höchstmöglichen Schutz haben werden und die unzumutbare derzeitige Verkehrssituation in den Ortsgebieten entschärft wird. Eindeutig abgelehnt hat der Nationalrat auch einen Antrag der Grünen, der die Ablehnung der geplanten Autobahn A3 im Raum Wulkaprodersdorf (Bezirk Eisenstadt) zum Ziel hat.

Mehr Schutz für Frauen vor Verfolgung

Die beharrliche Verfolgung von Personen ("Stalking") wird unter Strafe gestellt. Wer etwa ständig einer Frau auflauert oder sie wiederholt mit unerwünschten Telefonanrufen belästigt, kann mit Freiheitsstrafe bestraft werden. Gleichzeitig kann Stalkern mit einstweiliger Verfügung verboten werden, Kontakt mit der gefährdeten Person aufzunehmen bzw. sich an bestimmten Orten aufzuhalten.

Winterreifenpflicht für Schwerfahrzeuge ab 15. November 2006

Für Schwerfahrzeuge gilt zwischen 15. November und 15. März eine Winterreifenpflicht sowie die Verpflichtung, Schneeketten mitzuführen. Zumindest an allen Rädern einer Antriebsachse müssen Winterreifen montiert sein. Beide Vorschriften gelten ausdrücklich auch für ausländische Lenker. Unter die Regelung fallen Lkw und Sattelzugfahrzeuge über 3.500 kg, Omnibusse und selbstfahrende Arbeitsmaschinen. Ausgenommen sind Fahrzeuge des öffentlichen Sicherheitsdienstes, Heeres- und Feuerwehrfahrzeuge, Linienbusse sowie Fahrzeuge auf Probe- oder Überstellungsfahrten.

Auch SPÖ stimmt nun neuer Exzellenz-Universität zu

Grünes Licht hat der Nationalrat für die Exzellenz-Universität gegeben, und zwar mit den Stimmen von ÖVP, F und SPÖ. Das "Institute of Science and Technology" wird in Gugging bei Klosterneuburg (NÖ) eingerichtet und ist der Ausbildung von akademischen Spitzenkräften sowie der Forschung gewidmet.